



Förderung von Schulen an prekären Standorten:

Bildungsministerin Karin Prien begrüßt die von der AfD initiierte Debatte

Kiel, 22. September 2017 **Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) hat in der heutigen Parlamentsdebatte anlässlich des Antrages der AfD-Fraktion zur Förderung von Schulen an prekären Standorten und zur Einführung eines Sozialfaktors bei der Lehrerzuweisung hervorgehoben, wie „wichtig und gut“ es sei, dass die AfD diesen eingebracht habe; außerdem betonte sie, dass das Thema zu wichtig sei, um es durch bildungspolitische Grundsatzdiskussionen zu belasten. „Das sehe ich ganz genauso“, erklärte dazu heute Dr. Frank Brodehl, der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, im Anschluss an die Landtagssitzung.**

„Ghetto“- und „Restschulen“ unbedingt vermeiden

„Am wichtigsten finde ich natürlich, dass wir jetzt alle das Alarmsignal des Vereins *Schulen am Wind* gehört haben, und dass schnellstmöglich für Abhilfe gesorgt wird. Denn in Schleswig-Holstein darf es keine Ghetto- und auch keine Restschulen geben!“, so Dr. Brodehl weiter.

Probleme von SPD und GRÜNEN bis heute verschlafen

An die Abgeordneten der SPD und GRÜNEN gerichtet hatte Dr. Brodehl in seiner heutigen Rede erklärt:

„ ... , dass ein Alarm wie der vom Verein *Schulen am Wind* kommt, dürfte nicht weiter überraschen. Überraschend ist dafür umso mehr die Reaktion der SPD, die in ihrem Alternativantrag ebenfalls die Erstellung eines Sozialindex fordert – meine Damen und Herren, was für eine Alternative. Aber sei´s drum, es ist ja gut, dass Sie wie wir die Notwendigkeit sehen. Beschämen sollte sie dabei allerdings die Frage, warum Sie



zu den Problemen der betroffenen Schulen in den letzten Jahren geschwiegen haben. Auch wenn ´s hart klingt: Die Forderungen des Vereins „Schulen am Wind“ sind nichts weniger als ein Zeugnis dafür, wie sehr Sie besonders die Gemeinschaftsschulen in den Jahren Ihrer Regierung überfordert haben. Und noch mehr: Sie haben die Schulen allein gelassen! So sehr, dass sich die Schulleiter erst jetzt, nach der Wahl, gemeldet haben ... “

Antrag auf Sofortmaßnahmen und Sozialfaktor

Der heutige Antrag der AfD-Fraktion sieht deshalb als Sofortmaßnahme vor, die Klassenstärke an den betroffenen Schulen auf 18 zu beschränken. „Dies soll sicherstellen, dass die Lehrkräfte überhaupt die Möglichkeit haben, sich um jedes Kind kümmern zu können. Übrigens auch und gerade auch um diejenigen Schüler, die in großen Klassen allzu oft übersehen werden, schlicht weil sie zu *unauffällig* sind“, erklärt Dr. Brodehl abschließend.

Pressekontakt:

Peter Rohling
Pressesprecher der AfD-Fraktion im Kieler Landtag
Düsterbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: +49-(0)431-988- 1656
Mobil: +49-(0)176-419-692-54
E-Mail: peter.rohling@afd.ltsh.de